

Andrej R. Dzeniskevič

## Die gesellschaftliche und politische Lage in Leningrad während der ersten Kriegsmonate 1941 und die Sozialpsychologie der Arbeiter

Die Problematik des Krieges mit dem faschistischen Deutschland 1941-1945, der für die Völker der UdSSR zum „Großen Vaterländischen Krieg“ wurde, umfasst noch zahlreiche Themen, die ihren Historiker bisher nicht gefunden haben.

Viele dieser Themen sind geeignet, unser Wissen um die sozialen Prozesse, die sich in diesen Jahren in unserem Land vollzogen, erheblich zu vertiefen. Zu ihnen zählt auch die Frage nach der Sozialpsychologie der Bevölkerung, der Soldaten und Freiwilligen und der Leningrader Arbeiter.

Es war Tradition in der Historiographie der Verteidigung Leningrads, über die Welle von Patriotismus zu schreiben, die die Leningrader Arbeiter in den ersten Kriegstagen ergriffen habe. Dies traf sicher zu, doch ist es nicht die ganze Wahrheit. Die Wirklichkeit ist stets vielschichtig und lässt sich nicht in schlichte und bequeme Schemata pressen.

In Reaktion auf den Kriegsbeginn machte sich nicht nur eine Welle von Patriotismus bemerkbar, sondern auch eine Anzahl negativer Erscheinungen. Es verbreiteten sich alle möglichen Gerüchte; die Erbitterung benachteiligter und unterdrückter Bevölkerungsgruppen trat offen zutage; es gab eine Welle von offen kritischen Äußerungen innerhalb der Arbeiterschaft, die von ihrer Beunruhigung über die krassen Fehler der Partei wie der Regierung in der Innen- und Außenpolitik zeugten.

In den Berichten über die Ereignisse vor Ort während der ersten Kriegstage überwiegt das Material über Versammlungen und eine patriotische Stimmung in der Arbeiterschaft. Den weiteren Dimensionen dieser Ereignisse schenkte man keine Beachtung. Dies blieb nicht lange so. Die Führung der Stadt wünschte einen besseren Überblick über das, was in der Bevölkerung vor sich ging. So schrieb der Parteisekretär des Kirover Bezirks, nachdem er Informationen zur Lage im Bezirk an höhere Stellen weitergeleitet hatte, an den Autor des Berichtes: „An den Gen. Šubin. 1. Brauchen etwas zur Stimmung in der Bevölkerung. 2. Gibt ja wohl auch negative Fakten?. 23.6. Efremov“<sup>1</sup>. Man begann, breiter

1 Central'nyj gosudarstvennyj archiv istoriko-političeskich dokumentov g. Sankt-Peterburga (im folgenden: CGAIPD, früher: LPA), f. 417; op. 17; d. 42; l. 4.

Informationen zu sammeln, so daß die Historiker die Möglichkeit haben, Tatsachen zu erfahren, über die in den zeitgenössischen Zeitungen nichts zu lesen ist.

Als die deutsche Kriegsmaschinerie ihre Aggression gegen die Sowjetunion begann, verfügte sie bereits über erhebliche Erfahrung in der psychologischen Kriegsführung. In Frankreich und anderen Ländern Europas hatten spezielle Propagandaeinheiten der Wehrmacht erfolgreich Desinformationskampagnen mit dem Ziel geführt, dem Feind „in einer bestimmten Situation eine bestimmte Verhaltensweise aufzuzwingen“<sup>2</sup>. Dies war die Aufgabe der „Propagandaeinheiten“. Sie sorgten für die psychologische Manipulation der feindlichen Armee und Bevölkerung, verbreiteten alle möglichen Gerüchte („Flüsterpropaganda“) und versuchten, Panikstimmung in der Bevölkerung hervorzurufen.

Daher ist es kein Zufall, daß eine der charakteristischen Erscheinungen der ersten Kriegsmomente das Auftauchen von Gerüchten war, die Unruhe unter der Bevölkerung hervorriefen. Die Urheber eines bedeutenden Teils dieser Gerüchte waren speziell zu diesem Zweck eingesetzte Agenten der deutschen Aufklärung. Die Gerüchte hatten zwei Hauptthemen: zum einen die Agitation zugunsten Hitlers und der Deutschen allgemein und zum anderen beunruhigende Gerüchte verschiedener Art, die geeignet waren, einen Vertrauensverlust sowie Angst und Panik in der Bevölkerung hervorzurufen. Die Gerüchte der ersten Art waren nicht sehr zahlreich und inhaltlich recht schlicht. In der Regel erzählten sie von einer gewissen Frau, die angeblich in den vom Feind besetzten Gebieten gewesen sei. Angeblich habe sie bestätigt, daß die Deutschen sich anständig verhielten, ihr sogar bei irgend etwas geholfen hätten, daß die Zeitungen nur Lügen über sie erzählten, daß Deutschland eine Kulturnation sei usw.<sup>3</sup>. Dieses Gerücht kursierte in mehreren Versionen und war von Versicherungen begleitet, daß die deutschen Truppen übermächtig stark und sowieso nicht zu besiegen seien, daß unter ihnen das Leben besser würde u.ä. Solche Gerüchte waren ebensowenig erfolgreich wie die faschistischen Flugblätter, die in Leningrad auftauchten<sup>4</sup>. Doch allein die Tatsache der Existenz solcher Flugblätter mitten in der Stadt, dazu noch teilweise in plakatiertem Form, reichte aus, um Unruhe in der Bevölkerung auszulösen. Der deutschen Aufklärung war dies offensichtlich bekannt, und sie setzte daher vor allem auf Verwirrung, Angst und Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Am 26. Juni verbreitete irgend jemand in den Kirov-Werken das Gerücht, daß russische Matrosen vor Leningrad ein eigenes

2 Siehe dazu: Orlov, Ju. Ja.: Krach nemecko-fašistskoj propagandy v period voiny protiv SSSR, Moskau 1985, S. 122, 129, 135.

3 CGAIPD, f. 417; op. 17; d. 42; l. 139, 153, 164; f. 2281; op. 1; d. 18; l. 81.

4 Ebenda, f. 2281; op. 1; d. 22; l. 149.

Kriegsschiff versenkt hätten<sup>5</sup>. In Schlangen vor Geschäften redete man davon, daß die Deutschen „runde Panzer“ besäßen, an denen alle Geschosse abprallten<sup>6</sup>. Viel Unheil richtete ein Gerücht über einen deutschen Fallschirmspringer in der Uniform der Leningrader Miliz an. Es führte zu einer Reihe von Zwischenfällen, bei denen Menschenmengen Wachtposten „festsetzten“ oder gar verprügelten. Das Resultat war eine zeitweilige Desorganisation der Arbeit der Ordnungsorgane<sup>7</sup>.

Besondere Mühe verwandte man darauf, die Führung der Streitkräfte der UdSSR zu diskreditieren. In verschiedenen Variationen kursierte ein Gerücht über den „Verrat“ Timošenkos und das „Verschwinden“ der Leningrader Parteiführung aus der Stadt<sup>8</sup>. Unruhen riefen auch Gerüchte über einen angeblich zwischen Stalin und Vorošilov entbrannten Streit über das Schicksal von Leningrad hervor. Dieses Gerücht unterstellte Stalin die Absicht, Leningrad in Brand zu setzen und in diesem Zustand dem Feind zu überlassen. Vorošilov dagegen wurde als ein Gegner der Übergabe der Stadt an die Deutschen dargestellt<sup>9</sup>. Bei einer solchen Rollenverteilung mußte das Schicksal der Stadt an der Neva ihren Bewohnern vollkommen hoffnungslos erscheinen.

Einige Unruhe riefen auch schlecht geplante und durchgeführte Maßnahmen hervor, die auf den üblichen Mangel an Organisationsfähigkeit der Machtorgane zurückgingen. Eine solche Maßnahme war die Evakuierung von Kindern aus der Stadt in einige Bezirken des Leningrader Gebiets, die wenig später in die Kriegshandlungen miteinbezogen wurden. Dies löste verständlicherweise Unruhe unter den Arbeiterinnen aus.

Der Verbreitung von Gerüchten und Panik versuchte man zunächst durch eine breite Aufklärungskampagne Herr zu werden. Nach der Verabschiedung des Dekrets über die „Strafbarkeit der Verbreitung von lügenhaften Gerüchten, die in Kriegszeiten Panik in der Bevölkerung auslösen“, griff man auch zu Repressionen. Doch die Mitarbeiter des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKVD) waren zu Kriegsbeginn mit soviel anderen Dingen beschäftigt, daß man dem Kampf mit Gerüchten nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil werden ließ. So teilte ein Mitarbeiter des Bezirkskomitees der KPdSU (B) des Kirover Bezirks dem Stadtkomitee der Partei mit, daß Gerüchte den Bezirk in Aufruhr brächten, während der Staatsanwaltschaft nur ein einziger Fall über ihre Verbreitung vorläge. Da er der Meinung war, im Krieg sei keine Zeit für Erziehungsar-

5 Ebenda, f. 417; op. 17; d. 42; l. 29.

6 Ebenda, f. 2281; d. 43; l. 14.

7 Ebenda, d. 15; l. 8 ob.

8 Ebenda, d. 23; l. 49, 56; f. 417; op. 17; d. 42; l. 57, 77.

9 Ebenda, f. 2281; op. 1; d. 21; l. 36; d. 221; l. 31.

beit, wandte er sich an den Leiter der Bezirksabteilung des NKVD. Der jedoch erklärte, daß es Sache der Parteiorganisationen sei, mit den Gerüchten fertig zu werden, und ihre Urheber „zu bestrafen“, sei schon gar nicht seine Aufgabe<sup>10</sup>.

Weitaus mehr Aufmerksamkeit schenkte das NKVD der Welle von Unmutsäußerungen in der Bevölkerung, die Leningrad gerade während der ersten Kriegsmonate erfaßt hatte. Diese Unzufriedenheit hatte sich teils über lange Zeit angestaut und war sorgfältig verborgen worden. Unter den Bedingungen des Krieges kam sie nun unvermutet zum Vorschein. Innerhalb der Arbeiterschaft waren in der Regel ehemalige Bauern, die die „Entkulakisierung“ und die Kollektivierung der Landwirtschaft durchlebt hatten, Exponenten solchen Unmuts. Unter den sonstigen Arbeitern waren es meist solche, die von dem System repressiver Maßnahmen zur Stärkung der Arbeitsdisziplin in den Fabriken und Betrieben betroffen waren.

Wichtig erscheint mir der Umstand, daß der Charakter der Unmutsäußerungen in bestimmter Weise mit der sozialen Herkunft in Zusammenhang stand. Bei den Sattlern, Zimmerleuten, Arbeitern, Reinemachefrauen usw., die auf die Kollektivierung schimpften, sich über die „Versklavung“ und den Hunger der Kolchosbauern beklagten, die alles Getreide an den Staat abliefern mußten „und selbst hungrig dastehen“ oder ihr Brot in der Stadt kauften, handelte es sich ausschließlich um ehemalige Bauern. Sie führten die Mißerfolge der Roten Armee auf die unterdrückte Stellung der Kolchosbauernschaft zurück. An zweiter Stelle bei ihren „antisowjetischen“ Äußerungen stand die „Zwangsarbeit für das Zuspätkommen in die Fabrik“<sup>11</sup>. Solche Unmutsäußerungen konnten durch einen beliebigen Anlaß hervorgerufen werden und dienten als Erklärung für die verschiedensten Ereignisse. Im folgenden schildern wir eine typische Situation, in der solche Gespräche stattfanden. Ein Arbeiter in der mechanischen Abteilung der Kirov-Werke und Mitglied der Partei wandte sich an einen Sattler mit der Bitte, einen Antriebsriemen besser zusammenzunähen, da dieser häufig reiße. Daraufhin erhielt er von dem Sattler folgende Antwort: „Gegerbtes Leder gibt es nicht, woher sollte man's auch nehmen? In den Kolchosen sind noch [je] fünfzehn Kühlein über, und auch die sind aufgebläht [vor Hunger]. Man füttert [sie] mit der Gerte, und auch für den Kolchosbauern ist das Leben nicht süß...“ usw.<sup>12</sup>. Dies war keine eigentlich antisowjetische Agitation, wie derartige Gespräche in der damaligen Zeit eingestuft wurden, sondern lediglich eine Erklärung

10 Ebenda, f. 417; op. 17; d. 42; l. 59.

11 Ebenda, l. 50, 90, 106, 201; f. 2281, op. 1; d. 211; l. 15.

12 Ebenda, f. 417; op. 17; d. 42; l. 90.

für die Situation, wie ein zutiefst verletzter, gebeutelter und betroffener Mensch sie sah.

Weit seltener waren Unmutsäußerungen, die von vornherein auf Argumente verzichteten, wie offen zur Schau getragener Haß auf die Regierung, die Partei der „Bolschewiki“ und auf Stalin im besonderen. So erklärte ein Arbeiter der Kirov-Werke, als man über den für die Rote Armee unglücklich verlaufenden Kriegsbeginn diskutierte: „Stalin kann keinen Staat leiten, bei ihm reicht's nur zum Schafehüten!“<sup>13</sup>

Was die selbst aus dem Arbeitermilieu stammenden Arbeiter angeht, so richteten sich ihre scharfen Unmutsäußerungen vor allem gegen die Dekrete zur Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin. Besonders kritisiert wurden dabei die Arbeitspflicht und die Gefängnisstrafen für unbegründetes Fernbleiben oder Verspätung am Arbeitsplatz. In der Regel handelte es sich dabei um Personen, die bereits persönlich die Folgen administrativer oder gerichtlicher Maßnahmen zu spüren bekommen hatten<sup>14</sup>.

Zu der Masse von Äußerungen und Unmutsbekundungen, die in dieser Zeit als antisowjetisch und konterrevolutionär eingestuft wurden, zählten auch sachliche kritische Bemerkungen, die durch die aufrichtigen Sorge um das Schicksal der Heimat und des Staates motiviert waren. Man muß feststellen, daß dies für die Mehrzahl der Äußerungen zutrif. Im einzelnen handelte es sich dabei um die völlig gerechtfertigte Kritik an Partei und Staat sowie an der Person Stalins selbst wegen des offensichtlichen Mißerfolgs der sowjetischen Innen- wie Außenpolitik, weil man unvorbereitet vom Krieg überrascht worden war und wegen anderer Fehler und Versäumnisse. Die Arbeiter, die in den Freiwilligenverbänden der Volkswehr dienten, brachten häufig ihre Entrüstung über die in der Außenpolitik begangenen Fehler zum Ausdruck, über das in Hitler gesetzte „Vertrauen“ und die fehlende Vorbereitung auf den Krieg. Die Enttäuschung und Unzufriedenheit wurde teilweise während der Politschulungen oder aber unmittelbar danach in einem engeren Kreis von Genossen offen artikuliert. Die Arbeiter fragten Schulungsleiter, wie es sein könne, daß man, wo man doch von Hitlers Buch „Mein Kampf“ und seiner Haltung gegenüber der UdSSR gewußt habe, nicht rechtzeitig die entsprechenden Schlüsse gezogen habe; oder warum Litwinov, der an einer proenglischen Politik festgehalten und dem faschistischen Deutschland nicht getraut habe, von seinem Posten als Volkskommissar für äußere Angelegenheiten entbunden worden sei?<sup>15</sup> Häufig wurde in verschiede-

13 Ebenda; l. 195.

14 Ebenda, l. 108; f. 2281; op. 1; d. 221; l. 50.

15 Ebenda, d. 92; l. 36.

nen Variationen der Gedanke geäußert daß „der Deutsche abscheulich“ sei, weil er sich „an unserem Brot und Tabak bevorratet“ habe, solange der Freundschaftsvertrag gültig gewesen sei<sup>16</sup>. Daraus zog man auch Schlüsse hinsichtlich der Fehler der Regierung in der Außenpolitik. In den Politschulungen führten derartige Äußerungen in der Regel zu einer Diskussion, in deren Verlauf der Schulungsleiter und einige der Soldaten die „Fehlerhaftigkeit“ der Kritik „bewiesen“<sup>17</sup>.

Ein noch schmerzlicheres und delikateres Thema war die unzureichenden Vorbereitung auf den Krieg und die Abwehr eines möglichen deutschen Angriffs. Die Arbeiter erinnerten beharrlich und voller Entrüstung an die Beteuerungen, daß man dem Feind „keinen Werst“ russischer Erde preisgeben werde, an die Versprechen, daß man den Krieg, wenn er denn ausbrechen sollte, auf dem Boden des Feindes austragen werde usw.<sup>18</sup>. Häufig nahm die Kritik die Form von Fragen an, die die Arbeiter in Politschulungen und auf Versammlungen stellten. So fragten etwa die Arbeiter auf einer allgemeinen Versammlung in der Fabrik „Roter Chemiker“: „Stimmt es, daß unsere alten Grenzen verstärkt worden sind? Warum hat man so spät begonnen, Leningrad zu befestigen? Warum wurde in Reaktion auf die Bombardierung Moskaus nicht Berlin bombardiert? Warum werden in der Kriegsberichterstattung keine Einzelheiten aus den vom Feind besetzten Gebieten mitgeteilt?“, usw.<sup>19</sup>. Häufig wurde die Frage gestellt, warum die Regierung nicht rechtzeitig Truppen an die Grenze verlegt habe<sup>20</sup>. Die allgemeine Erkenntnis über die offensichtliche Unvorbereitetheit auf den Krieg ging stets einher mit einer Kritik am Zustand der Einheiten der Freiwilligenverbände der Volksverteidigung, denen die Arbeiter selbst angehörten. Ein bitterer Vorwurf klang in der Frage durch, warum die Rote Armee nicht fähig zur Verteidigung des Staates sei („Von ihrer Schlagkraft ist nichts zu sehen!“), wo das Volk doch Jahr für Jahr Staatsanleihen für die Entwicklung der Streitkräfte finanziert habe?<sup>21</sup> Irgend jemand kam zu einem Schluß, der von allen Organen und Instanzen als besonders „konterrevolutionär“ betrachtet wurde: „Stalin hat sich geirrt“<sup>22</sup>.

Häufig schimpfte man generell auf die Kommunisten und gab ihnen an allen möglichen Unzulänglichkeiten und insbesondere an der „Verschleuderung staat-

16 Ebenda, d. 18; l. 82; d. 221; l. 61; f. 417; op. 17; d. 42; l. 29.

17 Ebenda, f. 2281; op. 1; d. 150; l. 18.

18 Ebenda, d. 23; l. 128; d. 212; l. 111.

19 Ebenda, f. 417; op. 17; d. 42; l. 156.

20 Ebenda, f. 2281; op. 1; d. 221; l. 83.

21 Ebenda, d. 212; l. 111

22 Ebenda, d. 23; l. 128.

licher Mittel“ die Schuld. Einige waren sogar gewillt, ihnen die Schuld am Ausbruch des Krieges zu geben: „Wenn ihr Kommunisten nicht wäret, dann wäre so etwas niemals passiert“!<sup>23</sup> Dabei ignorierte man die Tatsache vollkommen, daß der Zweite Weltkrieg zwischen Staaten des kapitalistischen Lagers begonnen hatte. Manchmal ging die Erregung so weit, daß Arbeiter mit Waffengewalt gegen die Regierung allgemein und Stalin und Molotov im besonderen drohten<sup>24</sup>. Doch solche Fälle waren sehr selten und wurden schnell und mit äußerster Härte geahndet.

Dennoch stand, nach den Archivmaterialien zu urteilen, die überwiegende Mehrheit der Arbeiter loyal zur Partei und zur sowjetischen Regierung. Davon zeugten zahllose Versammlungen. Sie sind in unserer historischen Literatur vielfach beschrieben worden, und auch wir wollen nochmals auf sie zu sprechen kommen. Die Erklärungen, die auf Versammlungen abgegeben oder in Betriebszeitungen und der lokalen Presse abgedruckt wurden, zeugen ebenso wie an die Armee gerichtete kollektive Briefe von Belegschaften von einem erheblichen Aufschwung der patriotischen Gesinnung und davon, daß sich die Arbeiter der Wichtigkeit ihrer Rolle als Werktätige in den Fabriken und Betrieben bewußt waren. Es ist unmöglich, das erhebliche Engagement der Arbeiter bei der Formierung der Freiwilligenorganisationen oder ihre zahlreichen Erklärungen, daß man bereit sei, die Verlängerung des Arbeitstages in Kauf zu nehmen, zu übersehen.

Auf große Resonanz in der Arbeiterschaft stieß die Bewegung zur Sammlung von Geld und Wertsachen für den Verteidigungsfonds. Als Initiatoren solcher Kampagnen in den Betrieben traten in der Regel ältere Arbeiter auf. Am 5. Juli wandten sich die „Veteranen der Arbeit“ der Kirov-Werke an ihre Genossen mit dem Aufruf, gleich den Zeitgenossen von Minin und Požarskij in die Reihen der Befreiungsarmee einzutreten und Gold und Silber für die Verteidigung der Heimat zu opfern, auf daß „das Hausgerät ... in drohende Schwerter umgeschmiedet“ werde<sup>25</sup>. Die Arbeiter spendeten Geld, Staatsobligationen, Wertsachen und Tagesverdienste. Es gab Fälle, daß alte Männer, die wieder in der Fabrik zu arbeiten begonnen hatten, bis zum Kriegsende ihre Pension in den Verteidigungsfonds einzahlten. Am 6. August wurden allein im Kirover Bezirk Leningrads 53.000 Rubel gesammelt. Man führte Unterschriftenlisten ein, auf denen man seinen Verzicht auf einen Tagesverdienst erklären konnte. Schon am 6. August lagen in der Buchhaltungsabteilung der Kirov-Werke Unterschriften

23 Ebenda, f. 417; op. 17; d. 42; l. 164.

24 Ebenda, f. 25; op. 12; d. 16; l. 3.

25 Ebenda, f. 417; op. 17; d. 42; l. 48.

von 4366 Arbeitern der Fabrik über eine Gesamtsumme von 93.890 Rubel vor<sup>26</sup>.

Es wurde allerdings schnell deutlich, daß die Betriebsverwaltung nicht der beste Ort für die Sammlung von Wertsachen war. Es gab keine Spezialisten, um Juwelierarbeiten aus Edelmetallen und -steinen zu schätzen, es gab keine geeigneten Aufbewahrungsmöglichkeiten und keinen sicheren Weg, um sie zur Bank zu transportieren. Es ereigneten sich Fälle von Diebstahl. So blieb im Petrograder Bezirk ein für den Verteidigungsfonds gespendeter Samovar an unehrlichen Händen „kleben“. Eine städtische Kommission verfügte die Unterlassung weiterer Sammlungen von Geld und Wertsachen in den Betrieben und legte die Organisation aller Spendenaktionen für den Verteidigungsfonds in die Hände der Banken. Doch auch nach dem Verbot brachten die Menschen weiter Geld, Eheringe, Ohrringe, Broschen, Tafelsilber etc. in ihre Fabriken. Es war sicher relativ leicht möglich, jemanden zum Verzicht auf einen Tagesverdienst zugunsten der Front zu bewegen, doch für den Verteidigungsfonds goldene Ohrringe oder den einzigen Silberlöffel, den man besaß und von dem niemand anderes etwas wußte, beisteuern konnten nur Menschen, die über das Schicksal ihrer Heimat zutiefst besorgt und um ihretwillen alles zu opfern bereit waren.

Was nun war die Grundlage der patriotischen Welle, die die Mehrheit der Arbeiter ergriff? Wodurch war ihre allgemeine moralische und politische Haltung bestimmt? Eine klare Antwort auf diese Fragen gibt es nicht und kann es nicht geben. Es handelte sich um ein ganzes Konglomerat von Motiven, die sich zu einem einheitlichen Ganzen verdichteten.

Nicht an letzter Stelle stand der zutiefst verinnerlichte nationale Patriotismus, der schon 1812 die geschundenen leibeigenen Bauern in den Vaterländischen Krieg gegen die fremdländischen Eroberer geführt hatte. Hinzu kamen die Besonderheiten der auf territorialer Grundlage formierten Verbände, zu denen auch die Leningrader Volkswehr gehörte. Die Mitglieder dieser Verbände verteidigten ganz konkret ihre Heimatstadt, ihre Fabriken, ihre Häuser und Familien. Schließlich ist der bekannte Idealismus zu nennen, der die Leningrader Arbeiter dieser Jahre, insbesondere die politisch bewußten unter ihnen, auszeichnete.

Die von den Parteiorganisationen gesammelten Informationen und die Berichte der Divisionskommandeure der Volkswehr liefern ein überzeugendes Bild davon, was die Arbeiter auf Politschulungen oder in Gesprächen untereinander über die sie bewegenden Themen sagten. Es ist nicht schwer, in diesen Materialien das Echo eines Glaubens an die Unausweichlichkeit der proletarischen Weltrevolution und die besondere Mission der russischen Arbeiter in diesem

26 Ebenda, I. 220.



Prozeß zu entdecken, welcher unter den Arbeitern der älteren Generation noch weit verbreitet war. So stellten beispielsweise Arbeiter auf der Politschulung einer Division der Volkswehr auf der Vassilij-Insel die Frage: „Werden wir nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands gegen die kapitalistische Welt Krieg führen?“<sup>27</sup>.

Die Idee der Weltrevolution und des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus findet sich recht häufig in Briefen von Freiwilligen an die Redaktion der Armeezeitung „Zur Verteidigung Leningrads“. In diesem Zusammenhang wollen wir auf ein in unseren Augen äußerst interessantes Dokument näher eingehen. Es handelt sich dabei um einen „Appell an die Werktätigen aller Länder der Welt“, dessen Verfasser der Freiwillige des 1. Bataillons des 1. Schützenregiments der 4. Division der Volkswehr M. M. Gerasimov war. Der Autor des Aufrufs gab seinen Beruf, die Nummer seines Betriebes und seiner Werksabteilung und sogar die Nummer seiner Kontrolltafel an, ganz so, als ob er eine Eingabe an die Betriebsverwaltung machte. Es scheint daher, daß er die ganze Angelegenheit für höchst dringlich und wichtig hielt. Er schrieb die ganze Nacht vom 15. auf den 16. Juli durch und händigte um 6 Uhr morgens den Text seinem Politoffizier mit der Bitte aus, ihn zur Veröffentlichung an die Politabteilung der Leningrader Volkswehr weiterzuleiten. Bei alledem war er offensichtlich ernsthaft davon überzeugt, daß sein Appell den Werktätigen der übrigen Welt auch tatsächlich bekannt werden würde, wenn die sowjetischen Zeitschriften ihn abdruckten<sup>28</sup>. Der Text beginnt mit den Worten: „Werte Genossen, vom Kapitalismus ausgebeutete Brüder und Schwestern!

Wir, die Arbeiter an den Werkbänken, von den alten Männern bis zu den jungen Mädchen, sind aufgestanden und haben uns selbst an unsere Regierung gewandt und unseren Eintritt in die Reihen der Freiwilligen erklärt, um das blutrünstige Scheusal auszumerzen, das kein Maß kennt, um für den Sturz des Faschismus, für die Liquidierung der Ausbeuter und Unterdrücker der gesamten Menschheit [zu kämpfen]“<sup>29</sup>.

Bereits im ersten Absatz klingt der bekannte Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ durch, und auch die zweite These ist klar verständlich: zwischen dem Kapitalismus („Ausbeuter und Unterdrücker“) und dem Faschismus gibt es keinen Unterschied; sie bilden den Einheitsblock der Feinde der Werktätigen. Die Vernichtung des Faschismus ist nur bei der gleichzeitigen Auslöschung der gesamten Klasse der Ausbeuter möglich. Wichtig sei die Einheit aller Werktäti-

27 Ebenda, f. 2281; op. 1; d. 92; l. 40 ob., 44.

28 Ebenda, d. 126; l. 57.

29 Ebenda, d. 66; l. 44.

gen gegen den weltumspannenden Kapitalismus: „Werte Genossen, Brüder und Schwestern! Ihr wißt, daß wir euch nie im Stich gelassen haben und nie im Stich lassen werden. Und niemals soll es möglich sein, uns voneinander zu trennen ...“. Das Problem der verschiedenen Nationalität der Arbeiter läßt sich für den Autor leicht lösen: „In unserer Ordnung gibt es keine Unterschiede zwischen Nationalitäten ... Jeder, der für die Liquidierung der Ausbeuter ist, genießt die vollen Rechte.“. D.h. alle sind gleich, solange sie einheitliche „Klassenstandpunkte“ haben. Dies ist Gleichheit im Geiste der „Diktatur des Proletariates“. Im Rahmen des so begrenzten Kreises hat „jeder“ ein Recht auf Arbeit, Erholung, Bildung und die Garantie eines einheitlichen Wohlstandes, „denn so ist unsere Konstitution“. Aus dem Text spricht eine erstaunliche Leichtgläubigkeit und Naivität, wobei alles ganz aufrichtig gemeint ist. Zwischen den Paragraphen der Verfassung und der Realität bestehen keinerlei Widersprüche. Ähnlich naiv ist auch der vom Autor angeführte Beweis für die führende Rolle der Arbeiterschaft im Staat: „Bei uns findet keine Sitzung oder Versammlung ohne Arbeiter statt, weil bei uns die Arbeiterklasse alle Fragen entscheidet“. Gerasimov war mit seiner Lage vollkommen zufrieden und bereit, allen Werktätigen zu helfen, ein ähnlich glückliches Leben zu erlangen: „Werte Genossen! Wir kümmern uns nicht nur um unsere eigenen Angelegenheiten selbst, sondern wollen auch euch helfen, auf daß ihr selbst eure Staaten leitet und über euch keine Herren, Ausbeuter und Verderber habt. Wir wollen, daß ihr selbst die Herren eures Staates seid. Wir glauben und wissen, daß in eurem Land die besten Köpfe der Menschheit für nichts und wieder nichts vergeudet werden und nicht als Menschen gelten“<sup>30</sup>. Weiter bekräftigt der Autor seinen Glauben an die Unausweichlichkeit des Sieges des sowjetischen Volkes, der „pulsierenden sowjetischen Großmacht“. Als Beweis wird eine Liste der Siege der Sowjetmacht angeführt, angefangen mit Judenič. Zum Abschluß kommt dann die Hauptsache: ein Aufruf, sich allerorten auf die Seite der UdSSR zu schlagen: „Vernichtet die Schutzkorpsleute, die Faschisten und alle sonstigen Volksfeinde, geht zum Aufstand über, wie wir es getan haben ... Stärkt die Komintern! Der Sieg wird unser sein!“<sup>31</sup>

Nach den Schriftwechseln und Resolutionen der Politoffiziere zu urteilen, wurde Gerasimovs Appell mit Sympathie aufgenommen und als eine zwar ungebildete, aber zutiefst von echtem Patriotismus und proletarischem Internationalismus durchdrungene Äußerung verstanden. Doch an eine Veröffentlichung auch nur in einer lokalen oder der Armeezeitung war nicht zu denken. Schließlich suchte die Regierung der UdSSR Unterstützung und militärische Hilfe bei eben den

30 Ebenda, l. 45.

31 Ebenda

kapitalistischen Ländern, in denen der Arbeiter Gerasimov eine proletarische Revolution initiieren wollte. Der Appell wurde zu den Akten gelegt, und der Leiter der Propagandaabteilung, Bataillonskommissar M. Pavlov, schrieb einen Antwortbrief an den Autor. Er beschied Gerasimov, daß nach der Rede des Genossen Stalin vom 3. Juli sein Appell nicht veröffentlicht werden könne<sup>32</sup>. Der Politkommissar riskierte es nicht, eine Begründung dafür auszuformulieren, da jedes falsche Wort in einer derart delikatlen Frage für ihn die unangenehmsten Folgen nach sich ziehen konnte. Anscheinend gab er eine mündliche Erklärung gegenüber Gerasimov ab.

Aber selbst wenn es eine solche Erklärung nicht gab, ist dies ohne Belang für uns. Wichtig ist etwas anderes: In dem „Appell an die Werktätigen aller Länder der Welt“ waren alle wichtigen Vorstellungen versammelt, die die Weltanschauung der Mehrheit der Arbeiterschaft bestimmten. Einen Teil dieser Vorstellungen findet man in den Berichten über Politschulungen, Versammlungen und private Gespräche oder in Briefen von Arbeitern an Zeitungsredaktionen usw. wieder. Ihr wichtigstes Merkmal war die Neigung zu klaren, simplifizierenden Erklärungsschemata und eine Naivität, aus der der Glaube an die Möglichkeit der Weltrevolution und an die Existenz eines einzigen und benennbaren Feindes aller Werktätigen entsprang. Eine solche Naivität im Denken und Handeln spricht aus den Äußerungen und dem Verhalten zahlreicher Arbeiter 1941. Manchmal hatte sie geradezu infantile Züge. So wurden z.B. am 5. Juli sieben Freiwillige der „Oktober“-Division der Volkswehr in eines der Magazine des Wehrkreises entsandt, um Munition zu holen. Als sie entdeckten, daß im Magazin Unordnung und Unübersichtlichkeit herrschten, schrieben sie, darüber aufs äußerste erstaunt und empört, nicht an irgend jemand, sondern gleich an den „Genossen Stalin“ einen Brief, in dem sie berichteten, daß das Magazin Nr. 75 aus Holz sei, daß es trotzdem über keinerlei Feuerschutzeinrichtungen verfüge, daß der Abtransport von Munition praktisch nicht kontrolliert werde usw., und forderten entschieden, daß in dieser Angelegenheit Ordnung geschaffen werde<sup>33</sup>. Den Brief übergaben sie zur Weiterleitung nach Moskau direkt an die Propagandaabteilung ihrer Division, wo er dann, wie man sich denken kann, liegenblieb.

Ein verblüffender Hang zu schematischen Denkmustern offenbart sich in den Äußerungen von Freiwilligen, wenn man ihre äußerst emotionalen und patriotischen Redebeiträge auf Betriebsversammlungen sorgfältig analysiert. So erklärte ein alter Arbeiter der Putilov-Werke, der Waffenbaumeister Gon'kov: „1918

32 Ebenda, d. 69; l. 43.

33 Ebenda, d. 21; l. 3; d. 17; l. 28.

ist mein Vater von den weißen Banden erschossen worden. Damals war ich noch klein und konnte den Tod meines Vaters nicht rächen, aber jetzt, da die deutschen Banditen erneut in unsere Heimat eingefallen sind, bin ich als Freiwilliger in die Volkswehr eingetreten, um den Tod meines Vaters zu rächen“<sup>34</sup>. Für seinen Vater, der von den „weißen Horden“ erschossen worden war, wollte Gon'kov Rache an den „deutschen Banditen“ nehmen. Sein Auftritt, der emotional und zutiefst aufrichtig war, rief in der Zuhörerschaft keinerlei Widerspruch hervor. Dabei bestand ja, selbst wenn man annahm, daß auch 1918 „deutsche Banditen“ am Werk gewesen seien, zwischen diesen und den Faschisten keinerlei Zusammenhang. Doch dies störte niemanden, da in den Köpfen der Menschen bereits die stereotypen Vorstellungen von inneren und äußeren Feinden (des „Volksfeindes“ und „Konterrevolutionärs“ einerseits und des „Kapitalisten“ und „Ausbeuters“ andererseits) fest verankert waren. Die einen wie die anderen waren ihrem Wesen nach als Klassenfeinde, Banditen und Ausbeuter anzusehen. Was machte es da für einen Unterschied, ob es sich nun um einen Weißgardisten oder aber einen Faschisten handelte? Es war ein „Feind“, und das reichte aus.

Es ist erstaunlich wie wenige der Redner einen Unterschied zwischen den Feinden aus der Zeit des Bürgerkrieges und den faschistischen Aggressoren machten. So erklärte ein gewisser Morozov, ein Bürgerkriegsteilnehmer: „Ungeachtet meiner 48 Jahre bin ich als Freiwilliger in die Volkswehr eingetreten und rufe unsere gesamte Jugend auf, die faschistischen Ungeheuer genauso zu schlagen, wie wir sie im Bürgerkrieg geschlagen haben!“<sup>35</sup>. Morozov erweckte den Eindruck, er habe schon im Bürgerkrieg gegen Faschisten gekämpft. Doch auch auf diese Ungereimtheit ging niemand ein, denn schließlich enthielt seine Ansprache das Wichtigste, was in dieser Zeit gefordert war: die Botschaft, daß man die Faschisten bereits einmal geschlagen habe und dies daher gut auch ein zweites Mal fertigbringen könne.

Die Erinnerung an den Bürgerkrieg war in den Äußerungen der Arbeiter stets gegenwärtig. Weniger häufig dagegen zog man Parallelen zum Finnisch-Sowjetischen Krieg, noch seltener zum Ersten Weltkrieg bis 1917. Relativ wenig die Rede war bei den Arbeitern von den „Errungenschaften des Sozialismus“ und ihrem „Wohlergehen“. Auch das nationale Thema, das gegen Ende des Krieges eine erhebliche Verbreitung finden sollte (der Sieg der „russischen Waffen“, der „Heroismus des russischen Soldaten“ u.ä.) wurde zu diesem Zeitpunkt kaum angeschnitten. Häufiger wurden Motive wie Tradition, Lokalpatriotismus,

34 Ebenda, d. 43; l. 2.

35 Ebenda

Blutsverwandtschaft und die „Sache der Väter und Söhne“ usw. angeführt. Die patriarchalischen Züge in dieser Verhaltensweise sind unübersehbar.

Dies war der Versuch, in groben Zügen die Sozialpsychologie der Arbeiterschaft in Petrograd in den ersten Kriegsmonaten zu beschreiben. Es ist ersichtlich, daß sie von einem relativ einheitlichen Bündel sozialer Tendenzen und politischer Meinungen bestimmt war, unter denen besonders die Ideologisierung des Denkens, der Patriotismus und die Besorgnis der Arbeiter um das Schicksal ihrer Heimatstadt hervorstechen.

Man muß den Erfolg der zentralen Parteiorgane, die die ideologische Schulungsarbeit durchführten, in vollem Maße anerkennen. Sie reagierten schnell auf die Stimmungslage in der Bevölkerung. In der alltäglichen Agitation und Propaganda traten weithergeholte theoretische Fragen hinter dem zurück, was die einfachen Menschen am meisten bewegte. In den Vordergrund rückten die Themen der Vaterlandsliebe, der staatsbürgerlichen Pflicht, der militärischen Traditionen und der Einheit aller Völker der Sowjetunion in dem Ziel der Abwehr der faschistischen Aggression.